Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1922

2.9.1922 (No. 204)

Visual Library

№ 204 Samstag, den 2. September 1922 165. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für September 105 ℳ — Einzelnummer 4 ℳ — Anzeigengebühr: 6 ℳ für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Besoldungszahlungen der badischen Beamten.

** Gegenüber den verschiedenen in der Tagespresse in der letzten Zeit geführten Klagen über die verspätete Auszahlung der Besoldungserhöhungen ist folgendes festzustellen:

Die Nachzahlung aus der ersten Augusterhöhung ist von der Landeshauptkasse erledigt. Wenn einzelne Empfänger erst jetzt in den Besitz des Geldes gelangt sind, so liegt das in der Hauptsache daran, daß sie sich in Urlaub oder Ferien befanden und die gerade im Interesse einer beschleunigten Auszahlung an ihre persönliche Adresse geschickten Geldsendungen als unbestellbar zurückkamen. Es hätte sich das vermeiden lassen, wenn die Zahlungsempfänger Vorsorge getroffen hätten, daß ihnen die Post das Geld an ihre Urlaubsadresse nachschickt.

Weiter sind bei den Lehrern ein großer Teil der von dem Beamten selbst aufgestellten Nachzahlungsberechnungen (Kassenzettel) verspätet an die Kasse gelangt. Ihre Erledigung mußte wegen der inzwischen bewilligten zweiten Nachzahlung zurückgestellt werden; auch diese Zahlungen sind inzwischen vollzogen worden. Verzögerungen aus Gründen, wie sie vorstehend angegeben sind, können weder die anweisenden Ministerien noch die Landeshauptkasse vertreten.

Die Nachzahlungen aus der zweiten Augusterhöhung sind von den Buchhaltungen der Landeshauptkasse ebenfalls erledigt. Die letzten Empfänger werden am Montag oder Dienstag ihr Geld erhalten. Diese wenigen letzten Zahlungen werden demnach 14 Tage nach Bekanntwerden der Erhöhung geleistet, also innerhalb einer Frist, die zu Klagen kaum Anlaß geben kann. Privatbriefe an den Finanzminister mit Beschwerden über noch nicht erhaltene Nachzahlungen sind angesichts dieser Sachlage zwecklos. Über weitere Vorschläge des Finanzministeriums zu noch größerer Beschleunigung der Auszahlungen finden zurzeit Verhandlungen statt mit dem Ziele, die Nachzahlungen innerhalb weniger Tage nach ihrer Bewilligung in den Besitz der Empfangsberechtigten, insbesondere auch auf dem Lande, zu bringen.

* Die Entscheidung der Reparationskommission.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in der großen politischen Schachpartie, die England und Frankreich nun schon seit Jahren miteinander spielen, — einer Schachpartie, von der das Schicksal der Welt, zum Mindesten aber das von Europa abhängt — England mit der letzten Entscheidung der Reparationskommission einen erheblichen Vorteil gewonnen hat. Wie gut diese Tatsache in Paris begriffen wird, geht schon alleine daraus hervor, daß die Pariser Presse gestern bereits betonte, die französische Regierung behalte sich nach wie vor ihre Aktionsfreiheit vor. Man weist ferner darauf hin, daß das Kabinett und die Kammer überhaupt noch nicht die Entscheidung der Reparationskommission genehmigt hätten, daß also diese Entscheidung noch keineswegs endgültig sei.

Es ist das echt französische Politik. Solange Entscheidungen zu erwarten waren, die einseitig dem französischen Standpunkt gerecht wurden, vertrat man in der Pariser offiziösen Presse den Standpunkt, daß die Reparationskommission durchaus die Befugnisse habe, endgültige Bestimmungen zu treffen. Jetzt, wo die Reparationskommission einem Kompromißvorschlag zugestimmt hat, der sich offensichtlich bemüht, allen Teilen, also auch Deutschland, gerecht zu werden, beruft sich dieselbe Pariser Presse darauf, daß hinter der Reparationskommission doch noch die Regierungen und Parlamente stehen, ohne deren Votum nichts Definitives beschlossen werden könne.

Das ist natürlich alles eitel Spiegelfechterei, zumal dann, wenn man bedenkt, daß es sich hier um parlamentarisch regierte Staaten handelt, bei denen von vornherein vorausgesetzt wird, daß das Kabinett und seine Vertreter nur für solche Maßnahmen stimmen, die dem Willen der Parlamentsmehrheit entsprechen. Dubois, der Vertreter der französischen Regierung in der Reparationskommission, hat nach sehr genauer Rücksprache mit Poincaré der Entschließung der Reparationskommission zugestimmt, die dadurch zu einer einstimmigen wurde. Wenn man also das parlamentarische Regierungssystem nicht zu einer Farce herabwürdigen oder zu einem niederträchtigen Doppelspiel mißbrauchen will, dann bleibt jetzt nichts anderes übrig, als daß das Parlament seine eigene Regierung desavouiert, oder daß Poincaré erklären läßt, Dubois habe seine Instruktionen völlig mißverstanden und seine Vollmachten überschritten.

Einstweilen haben wir an dem Faktum festzuhalten, daß die Reparationskommission einstimmig, also unter ausdrücklicher Billigung der französischen Regierung, die bekannte Entschließung gefaßt hat. Nur dann, wenn Poincaré entschlossen wäre, sich und sein Kabinett vor der ganzen Welt unsterblich zu blamieren, nur dann dürfte er es wagen, diese Entscheidung zu ignorieren. Keine Regierung auf der ganzen Welt jedoch würde einem Kabinett Vertrauen entgegenbringen können, das dermaßen leichtfertig und skrupellos handelt. Frankreich würde den letzten Kredit, den es politisch noch in der Welt hat, verlieren.

Und weil dem so ist, glauben wir auch nicht, daß Poincaré ernstlich gewillt ist, die Entscheidung der Reparationskommission über den Haufen zu werfen. Was er zur Zeit in der Pariser Presse veröffentlichen läßt, ist offenbar lediglich dazu bestimmt, den Eindruck, daß England mit seinen Anschauungen im Augenblick einen Erfolg errungen hat, zu verwischen und die nationalistische Kammermehrheit möglichst zu beruhigen.

Denn, daß man innerhalb dieser Kammermehrheit mit der Entscheidung der Reparationskommission nicht völlig einverstanden ist, läßt sich denken. Und Poincaré wird es nicht leicht fallen, seine Parteigänger von der Notwendigkeit dieser Entscheidung zu überzeugen. Sowohl England, wie Frankreich haben eben die schwierige Aufgabe zu lösen, katastrophale Fehler, die vor Jahren gemacht wurden, jetzt wieder einigermaßen auszugleichen. Genau so, wie, vom englischen Standpunkt aus gesehen, der Friedensvertrag von Versailles eine schwere Beeinträchtigung der englischen Interessen bedeutet, genau so bedeutet die aberwitzige nationalistische Hetze und die ausschweifende imperialistische Politik, die von Frankreich betrieben wurde, eine Gefährdung der französischen Interessen. Frankreich ist durch diese Politik politisch und moralisch isoliert worden, ohne dadurch auch nur das Geringste zu erreichen. Seine Bevölkerung aber ist geflissentlich in Gedankengängen erzogen worden, die dieser imperialistischen Politik entsprechen, die sich aber jetzt höchst unangenehm bemerkbar machen, wo es darauf ankommt, in die Bahnen der Vernunft einzulenken.

Ob dieses Einlenken einer prinzipiellen Neuorientierung der französischen Politik entspricht oder nur aus einer augenblicklichen Zwangslage zu erklären ist, das kann heute niemand zuverlässig beurteilen. Wir möchten hoffen, daß auch das französische Kabinett und die Mehrheit der vernünftigen Elemente in Frankreich nach und nach einsehen, daß ihre bisherige Politik falsch gewesen ist. Denn diese Politik hat dazu geführt, daß die Aussichten auf Reparationszahlungen in immer weitere Fernen gerückt sind, und sie hat weiter dazu geführt, daß England sich in seinem Widerstand gegen die imperialistischen Tendenzen der Pariser Regierung — Tendenzen, die auf die politische und wirtschaftliche Beherrschung des gesamten Kontinents abzielen — immer mehr und mehr versteift hat. Die Situation ist heute so, daß Frankreich seine bisherige imperialistische Politik nur auf die Gefahr eines Bruches mit England hin verfolgen kann.

Von besonderem Eindruck ist aber sicherlich auch das Verhalten Belgiens gewesen. Wenn sogar Belgien, das ja zeitlich in erster Linie an den fälligen Reparationszahlungen interessiert ist, Kompromißvorschläge unterbreitete, so war es für Frankreich überaus schwer, demgegenüber „noch päpstlicher zu sein, als der Papst selbst". Belgien, das schon so wie so befürchten muß, politisch und wirtschaftlich vollends zum Vasallenstaat Frankreichs zu werden, hat schon vor einigen Monaten eine selbständigere Haltung an den Tag gelegt und damit bekundet, daß es die Gefahren, die die imperialistische Politik Frankreichs auch für Belgien mit sich bringen muß, richtig durchschaut. Und so ist es denn gekommen, daß in einem Augenblick, als beinahe ein Auseinanderfallen der Reparationskommission und damit der Entente zu erwarten war, der belgische Vertreter mit einem Kompromißvorschlag hervortrat, der die Entente noch einmal rettete. Und auch Frankreich hat es nicht über sich vermocht, diesen Kompromißvorschlag abzulehnen und so die Verantwortung für den Bruch der Entente auf sich zu nehmen.

Inwieweit die Entscheidung der Reparationskommission von Deutschland hingenommen werden kann, darüber wird die Reichsregierung sich wohl heute bereits schlüssig geworden sein. Der bedenklichste Punkt bei der ganzen Angelegenheit ist die Forderung nach Garantien für den Fall, daß wir die Schatzwechsel nach Ablauf der sechs Monate nicht einlösen können. Es bleibt die Frage zu beantworten, ob wir solche Garantien zu bieten fähig sind, und wie sie auszusehen haben, falls wir dazu imstande sind.

Die Leitung der Reichspolitik.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die Reichskorrespondenz „Nord-Süd" folgende Ausführungen ihres Berliner Mitarbeiters:

Auf verschiedene Anregungen, die sich mit der Neubesetzung des Reichsministeriums des Äußeren beschäftigten, ist dieser Tage eine halbamtliche Mitteilung ergangen, in der es heißt, daß weder die außenpolitische Lage, noch innerpolitische Erwägungen es zurzeit wünschenswert machen, das Ministerium, das seit der Ermordung Dr. Rathenaus bekanntlich vom Reichskanzler selbst geführt wird, anderweitig zu besetzen; der Reichskanzler werde die Geschäfte des Auswärtigen Amts, die mit der Gesamtleitung der Politik in engster Beziehung stehen, auch weiterhin führen. Ein rechtsstehendes Berliner Blatt bemerkt zu dieser Kundgebung, man wisse nicht, auf welche Bestimmungen der Reichskanzler sich dabei berufe, denn die Verfassung bestimme genau, aus welchen Personen das Kabinett zu bestehen habe und es könne keineswegs dem diskretionären Ermessen des Reichskanzlers überlassen bleiben, ob er einen Ministerposten leer lassen wolle oder nicht.

Ein sonderlich genaues Studium der Reichsverfassung ist diesem Angriff offenbar nicht vorausgegangen, denn die Verfassung sagt im Artikel 52, daß die Reichsregierung aus dem Reichskanzler und den Reichsministerien besteht, in Art. 53, daß der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister vom Reichspräsidenten ernannt und erlassen werden, in Art. 54, daß der Reichskanzler und die Reichsminister zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstags bedürfen und in Art. 56, daß der Reichskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt u. dafür gegenüber dem Reichstag die Verantwortung trägt, das ist alles. Wie man sieht, ist gar keine Rede davon, daß die Reichsverfassung auch nur Zahl und Art der Reichsministerien festsetzte. Das ist vielmehr lediglich durch den Erlaß vom 21. März 1919 über die Errichtung und Bezeichnung der Obersten Reichsbehörden geschehen, also auf dem Verordnungswege. Da nun in diesem Erlaß ein Reichsminister des Auswärtigen vorgesehen ist, muß es einen solchen selbstverständlich geben, bis etwa durch einen neuen Erlaß eine Änderung geschaffen würde. Aber es können **verfassungsmäßig keinerlei Bedenken** dagegen bestehen, daß der Reichskanzler zugleich als Minister des Auswärtigen fungiert, so wenig wie die gleichzeitige Leitung zweier Reichsministerien durch einen und denselben Minister formell zu beanstanden ist. Die materielle Entscheidung liegt natürlich beim Reichstag. Paßt diesem aus irgend einem Grund die Vereinigung zweier Ministerien in einer und derselben Hand nicht, so hat er Mittel und Wege, diese seine Ansicht in der nachdrücklichsten und ganz unwiderstehlichen Weise zur Geltung zu bringen; solange aber eine derartige Willenskundgebung nicht vorliegt, braucht der Reichskanzler nur das Einverständnis des Reichspräsidenten, um neben seinem eigentlichen Amt als Präsident des Reichsministeriums irgend ein beliebiges Ressortministerium zu führen.

Vernünftigerweise muß demnach die Frage einfach zurückgestellt werden: Ist es zweckmäßig und zum Vorteil des Reichs, daß unter den gegenwärtigen namenlos schwierigen Verhältnissen der Reichskanzler, der verfassungsmäßig die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat, auch die Einhaltung dieser Richtlinien durch die Praxis der diplomatischen Arbeit persönlich überwache. Diese Frage aber ist zu bejahen. So sehr man gerade in der verhängnisvollen Wendung, die die Reparationsangelegenheit neuerdings genommen hat, die hervorragende Persönlichkeit des so schmählich ermordeten Reichsministers vermißt und entbehrt, so sehr man hätte wünschen mögen, daß das Reichsschiff durch die gefahrdrohenden Klippen durch die Klugheit und Energie der beiden Männer geführt würde, deren Zusammenarbeit sich so glücklich und so viel versprechend angelassen hatte, so rückhaltlos wird man zugeben müssen, daß die Einführung eines neuen Mannes in die Führung derjenigen Geschäfte, von denen im Augenblick unser Leben und Sterben abhängt, nur eine Erschwerung

hätte bedeuten können und zwar ganz besonders dann, wenn man daran hätte denken wollen, gerade unter solchen Verhältnissen die Regierungskoalition zu erweitern. Und auf solche Wünsche sind offenbar die ganzen Auseinandersetzungen letzten Endes zurückzuführen. Auch für diese Gedanken wird die Zeit wieder kommen; was wir alle jetzt brauchen, ist ein einiges Volk und eine einheitliche entschlußbereite und tatkräftige Regierung.

Badische Wochenrückblicke.

Nochmals Wucher und Ausverkauf.

Wucher, Schiebertum und Massenhamsterei feiern ihre Orgien weiter und helfen den Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens noch beschleunigen. Vor acht Tagen schon schrieben wir an dieser Stelle im Hinblick auf den Raubzug ausländischer Valutajäger gegen die Warengeschäfte, daß leider auch Einheimische durch ihre jeder Rücksicht baren, zum Teil sogar aus Profitgier oder trauriger Liebedienerei im Auftrag von Ausländern getätigten, Masseneinkäufe zur Ausplünderung der Geschäfte beitragen. Daß diese Beobachtung nicht etwa allein für Karlsruhe gilt, sondern auch anderwärts gemacht wurde, erhellt aus Mitteilungen auswärtiger Blätter. So schreibt die „Heidelberger Volkszeitung" in einer ihrer letzten Nummern in einer Notiz über das gegenwärtige Treiben u. a.: „Aber nicht allein die Ausländer sind schuld, auch unsere einheimische Bevölkerung, und zwar ein kleiner Teil, zieht von einem Laden in den andern und hamstert zusammen, was geht. Geschäftsleute, die an Ausländer nichts verkaufen, erklären uns, daß jetzt Aufkäufer in den Städten herumziehen und Waren aller Art aufkaufen. Besonders gesucht sind Textilwaren. Der Geschäftsinhaber hat es natürlich gar nicht in der Hand, diesen Leuten die Waren zu verweigern, denn er kennt sie gewöhnlich gar nicht. Diese Aufkäufer ziehen nun auf das Land und verkaufen ihre aus den Heidelberger Läden herausgeholten Waren mit schönem Aufschlag an die Landbevölkerung. Auch an Ausländer verkaufen diese gewissenlosen Individuen, die natürlich nicht darnach fragen, ob Deutschlands Wirtschaft zusammenbricht oder nicht."

Das gleiche Lied klingt uns aus Freiburg entgegen. Auch dort wurden in den letzten Tagen und Wochen die Schuhwaren- und Kleiderläden, die Textilwarenhandlungen usw. derart überlaufen, daß sich zahlreiche Firmen nicht mehr anders zu schützen wußten, als durch stunden-, halbtag- und tagesweise Schließung ihrer Läden. Nach Ansicht weiter Kreise nicht nur der Konsumentenschaft, sondern auch von Geschäftsleuten der verschiedensten Branchen handelt es sich dabei wie in Heidelberg vielfach nicht um eine Deckung des Eigenbedarfs nervös gewordener Verbraucher, sondern um ausgesprochene Spekulationsgeschäfte von Aufkäufern und Schiebern übelster Sorte. Angesichts dieses gemeingefährlichen Treibens erscheint es nachgerade angebracht, wieder einmal daran zu erinnern, daß wir immer noch Gesetze gegen den Wucher haben, und daß die Schieberzunft im Betretungsfall empfindlicher Strafen gewärtig sein muß. Es wäre vielleicht gut, wenn die Geschäftsleute gelegentlich auf Namen und Herkunft verdächtiger Massenkäufer achteten und den mit der Bekämpfung des Wuchers und des Schiebertums betrauten Behörden nach Möglichkeit an die Hand gingen.

Zu einem originellen Selbsthilfemittel gegen die Valutajäger hat dieser Tage übrigens eines der ältesten Geschäfte Ludwigshafens gegriffen, hat doch der Ausverkauf der Geschäfte im benachbarten besetzten Gebiet durch Ausländer besonders krasse Formen angenommen. Das Geschäft gibt nämlich durch eine Anzeige folgendes bekannt: „Wer sich nicht unaufgefordert als Deutscher oder als Angehöriger der Besatzungstruppen ausweist, wer mit Ausländern zum Einkauf schreitet, zahlt hundert Prozent Aufschlag! Wer für Ausländer einkauft, wird wegen Betrugs verfolgt. Wir bitten höflichst unsere geschätzten alten Kunden, uns zu unterstützen, um dem Unfug der Aufkäufer und Schieber ein Ziel setzen zu können. Im Interesse unserer alten, treuen Kundschaft werden wir die Geschäftszeit nach Bedürfnis einschränken." Leider kommt die Selbsthilfe der Geschäftswelt heute schon viel zu spät.

Selbstverständlich ist im Übrigen auch die Massenhamsterei für den eigenen Haushalt ein Unfug und eine brutale Rücksichtslosigkeit gegen die wirtschaftlich Schwächeren. Mit vollem Recht schrieb das „Freiburger" sozialdemokratische Organ dieser Tage: Den Sturm auf die Lebensmittelgeschäfte kann man bis zu einem gewissen Grade verständlich finden, aber wenn es richtig ist, was von Kundigen behauptet wird, daß nämlich in vielen privaten Haushaltungen der Zucker zentnerweise, Reis und Schmalz ebenfalls in größeren Mengen aufgestapelt liegt, dürfte doch die bescheidene Mahnung angebracht sein, die Selbstsucht nicht zu weit zu treiben. Man nehme nur ein klein wenig Rücksicht auf den Nebenmenschen, dem seine Mittel nicht erlauben, sich wochen- und monatelang im voraus eindecken zu können.

Das Einkaufsfieber erstreckt sich übrigens nicht nur auf Lebensmittel und unerläßliche Gebrauchsgegenstände, auch die Luxuswarenhandlungen werden von Kauflustigen überschwemmt, ebenso herrscht nach Papierwaren und ähnlichen Artikeln eine Nachfrage wie nie zuvor. „Man möchte glauben, es sei ein Geldregen auf die Menschheit niedergegangen", äußerte sich der Inhaber eines Schreibwarengeschäfts gegenüber einem Mitarbeiter des oben erwähnten Blattes. Der Mann hat nicht Unrecht, und wir glauben, daß ein etwaiger näherer Vergleich der Summen, die manche Leute seit Wochen für Hamsterzwecke ausgeben, mit den Einkommen- und Vermögenssteuerbekenntnissen dieser selben Leute zu interessanten Schlußfolgerungen und teilweise recht unangenehmen Weiterungen führen würde.

Politische Neuigkeiten.

Nach der Entscheidung.

* Über die Beurteilung der Entscheidung der Reparationskommission in Berlin meldet der dortige Korrespondent der „Frankf. Ztg.":

Das **Reichskabinett** ist gestern vormittag gegen ½12 Uhr zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten. Der **Reichskanzler** erstattete zunächst über den Beschluß der Reparationskommission Bericht. Nach einer kurzen Aussprache ergab sich Einstimmigkeit darüber, daß vor einer endgültigen Stellungnahme das Eintreffen des Berichtes der Staatssekretäre **Schröder** und **Bergmann** abgewartet werden müsse. Die beiden Herren werden heute abend oder morgen früh hierher zurückkehren. Der Kanzler hat deshalb auch im Überwachungsausschuß des Reichstages darauf verzichtet, sich über das Reparationsthema zu äußern, und wird wahrscheinlich morgen nachmittag wieder die Parteiführer zu sich rufen, um ihnen nähere Aufklärungen zu geben. Das Reichskabinett selbst wird heute nachmittag seine Beratungen fortsetzen.

Der **Bericht der beiden deutschen Vertreter,** die nach Paris entsandt worden waren, wird für die Beurteilung des Ergebnisses umso wesentlicher sein, als über die unmittelbare **Vorgeschichte** der etwas überraschenden Entscheidung der Reparationskommission noch keine volle Klarheit besteht. Es scheint, daß sich der **französische Ministerpräsident** erst im letzten Augenblick entschlossen hat, den Boden des **belgischen Kompromißvorschlages** zu betreten, obwohl darin von produktiven Pfändern, die er selbst noch bis in die letzten Tage als unerläßliche Vorbedingung des Moratoriums bezeichnet hatte, nicht mehr die Rede war. Schließlich war allerdings nach der Ablehnung des bedingungslosen Moratoriums, wie es der englische Delegierte vertreten hatte, den Franzosen immerhin eine **Brücke** gebaut, um den Weg zu finden, der zu einem einstimmigen Votum führen konnte. Die **Pariser Presse** bemüht sich denn auch, die Entscheidung der Kommission der Sache nach als eine **Ablehnung** des deutschen Stundungsgesuches zu kennzeichnen, im Gegensatz zur **englischen Presse,** die darin eine **Bewilligung** des Moratoriums unter anderem Namen erblickt. Für die **deutsche Regierung** kommt es nicht darauf an, welchen Namen die Entscheidung trägt, sondern allein darauf, ob sie für Deutschland **erträglich** ist, und die Prüfung dieser Frage wird heute morgen die Reichsregierung vorwiegend zu beschäftigen haben.

Daß der vorläufige Verzicht auf produktive Pfänder im Sinne Poincarés und auf die Androhung gewaltsamer Sanktionen in Verbindung mit der Entlastung von unmittelbaren Reparationsbarzahlungen für den Rest des Jahres eine **augenblickliche Entspannung** bedeutet, wird auch hier von niemand bestritten. Daß das Fehlen solcher neuer Belastungen noch keinen Fortschritt im positiven Sinne ist, ist allerdings ebenfalls richtig. Immerhin hat die Kommission in ihrem Beschluß ausdrücklich festgestellt, daß die **Wiederherstellung des äußeren und inneren Kredites** des Reiches die **Voraussetzung für jede brauchbare Regelung des ganzen Reparationsproblems** ist, und sie hat in diesem Zusammenhang, wenn auch nicht so kategorisch, wie es wünschenswert wäre, die **Ermäßigung der äußeren Lasten Deutschlands als eine der Vorbedingungen für die Wiederherstellung seines Kredits genannt.** Das kann ein Hinweis sein auf die zwar noch nicht offiziell festgesetzte, aber doch offenbar für den Spätherbst geplante **neue Konferenz,** die, wie der französische Delegierte Dubois sagte, in aller Ruhe die allgemeine Regelung des Problems der Reparationen und der alliierten Schulden vornehmen kann. Ein **Fortschritt** in der Klärung der Meinungen gegenüber dem Votum, das die Reparationskommission vor noch nicht allzulanger Zeit auf die Anfrage des Bankierkomitees abgegeben hat, ist hier unverkennbar und Herr Dubois hat vielleicht in diesem Sinne recht, wenn er von der Lösung, die gestern gefunden wurde, eine allgemeine Erleichterung erwartet. Freilich ist die Entscheidung der Kommission mit **Bedingungen** bepackt, die die Reichsregierung vor schwere Aufgaben stellt. Dies gilt vor allem von der Ausstellung der **Schatzwechsel** zur Sicherung der belgischen Priorität. Nach dem Wortlaut der Entscheidung sind zunächst nur zwei solcher Schatzwechsel auszustellen, nämlich für die **Raten vom 15. August und 15. September** mit insgesamt 100 Millionen Goldmark. Ob auch für die nachfolgenden Raten im Gesamtbetrage von 170 Millionen Goldmark Schatzwechsel an Belgien zu begeben sind, hat die Reparationskommission davon abhängig gemacht, daß nicht in der Zwischenzeit andere Abmachungen zur Sicherung der belgischen Priorität oder zur Regelung der Reparationsfrage im ganzen getroffen werden. Für die drei letzten Monate des Jahres bleibt also die Frage der Schatzwechselgarantien zunächst offen. Die Hauptschwierigkeit, die der Garantie für die Schatzwechsel, ist aber auch für die beschränkte Verpflichtung, die Deutschland für die ersten beiden Raten auferlegt ist, groß genug.

Für den Fall, daß eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Belgien **nicht** zustande kommt, hat die Reparationskommission wiederum die Sicherung durch ein **Goldpot bei einer ausländischen Bank** vorgesehen. Daß dieser Ausweg für Deutschland **ungangbar** ist, ist schon in den vorausgegangenen Erörterungen festgestellt worden, und er muß daher für uns von vornherein ausscheiden. Es bleibt nur die Möglichkeit der **direkten Verhandlungen mit der belgischen Regierung.** Es ist das erstemal, darauf weist auch die französische Presse hin, daß die Reparationskommission in einer zu ihrer ausschließlichen Kompetenz gehörenden Frage den deutschen Schuldner auf die unmittelbare Auseinandersetzung mit einem **einzigen** seiner Gläubiger verweist. Deutschland wird sich selbstverständlich der Pflicht nicht entziehen, in solchen Verhandlungen mit Belgien **alle erträglichen Möglichkeiten einer Garantie** vorzuschlagen. Vielleicht eröffnet die Tatsache, daß es der belgischen Vermittlung gelungen ist, überhaupt die einstimmige Entscheidung der Reparationskommission zustande zu bringen, eine Aussicht darauf, daß auch in dieser Spezialfrage zwischen Deutschland und Belgien eine Einigung möglich ist. Selbstverständlich wird die Reichsregierung bei ihren Überlegungen auch den Umstand nicht außer acht lassen, daß die Reparationskommission ihre Entscheidung **einstimmig** beschlossen hat. Auch diejenigen Mächte, die, wie man weiß, eine raschere Entwirrung des Reparationsproblems betrieben haben, als sie bisher möglich war, scheinen das, was gestern in Paris erreicht wurde, als das **Höchstmaß** dessen zu betrachten, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen, vor allem angesichts der starken Festlegung der französischen Regierung zu erreichen war. Deshalb, wegen der Einstimmigkeit, wird das gestrige Votum der Reparationskommission auch für die Reichsregierung ein größeres Gewicht besitzen, als es einer Mehrheitsentscheidung zugekommen wäre.

Die Aufnahme in Paris.

Der französische Ministerrat hörte lt. „N. Bad. Landesztg." **Poincarés Exposé über die äußere Politik an. Da die Reparationskommission** das Moratorium **abgelehnt hat, schloß** sich der Ministerrat Poincarés Ausführungen **an, daß** nunmehr die Wirkung der vorgesehenen Maßnahmen **abgewartet** werden solle und **kein Anlaß zu isoliertem Vorgehen** gegeben **sei.** Der Ministerrat stimmte ferner der Anregung Poincarés zu, schnellstens eine **Konferenz aller Verbündeten einzuberufen,** um **die Reparationsfrage** u. die **Schulden der Alliierten** zu besprechen.

Nach Meldung desselben Blattes nahm der französische Ministerrat gestern die Entscheidung **der Reparationskommission zur Kenntnis, ohne Widerspruch zu erheben.** Ferner nahm er davon Kenntnis, daß **Belgien** die Frage der **Zahlungsweise** nach seiner individuellen Auffassung lösen zu sollen glaube. **Es** wurde jedoch bei dieser Gelegenheit betont, daß dieser **Präzedenzfall** dienen müsse, um bei etwaigen **ähnlichen Anlässen volle Handlungsfreiheit** zu besitzen, mit Deutschland gleichfalls **direkte Verhandlungen zu führen.**

Rund um den Lauterberg.

Das Antlitz der Stadt — Romantik — der Rublj — Gespenst in der Luft — Groteske Bühnenbilder — Ausblick.

Unsere große Nachbarstadt Mannheim brüstet sich gerne über Papa Goethes Ausspruch, daß es „. . . heiter und freundlich gebaut ist." Wir wollen ihm doch endlich sagen, daß das Karlsruher Antlitz ebenso heiter und freundlich dem Fremden entgegenblickt. Dem Einheimischen wird es nicht offenbar, weil er es nicht anders kennt, den Fremden überrascht die Stirne der Stadt mit der Max und Moritzlocke, die sauberen und breiten Anlagen am Bahnhofsplatz, Hotels, Straßenzüge, Arkaden, darüber thronend das Lauterbergmassiv, das allerdings nicht ganz bis zum Diluvium in seiner Existenz zurückverfolgt werden kann. Aber Karlsruhe hat seinen richtigen Berg, an dem man in die Höhe sehen muß, hat seinen Bergturm, wie seinen Turmberg Durlach, von dem sich weit ins Land herabschauen läßt. Breitspurig zieht die badisch städtische Freistaatresidenzstraßenbahn dahin, voluminös sind die Wagen, sauber der Anstrich. Beamtenmäßig, gradlinig verläuft der Betrieb, ist der ganze Rhythmus der Stadt. Hat Mannheim einen Struwelkopp, zeigt Karlsruhe gerade gebürsteten Stiftenkopf. Jede Stadt hat eben mal ihre Physiognomie — auch ihren Teint — darüber ein andermal.

Imponierend großzügig sind die gelben, elektrischen Postwagen, die hurtig, wie Hummeln, durch die Straßen summen. Die Pferdezügel hat der Führer mit der Kurbel vertauscht, das schallende Posthorn bläst er mit dem Fuß als schreiende Klingel. So ist einmal die Großstadtromantik. Anders war es noch, da die Tochter Anna des Posthalters Plochl von Aussee einmal die Postkutsche lenkte, in welcher Erzherzog Johann von Österreich seine Reise machte und der sich so in den lustigen Postillon verliebte, daß sie seine Frau ward. Ach ja . . .

Auch Karlsruhe zieht sein Feiertagskleid an. Die Herbstwoche naht. Von allen Plakatsäulen des Landes und Reiches grüßen die Karlsruher Visitenkarten mit dem Fächerpalmenpyramidensymbol herab. Da wird Karlsruhe aus seiner Ruhe erwachen und viele Fremde sehen. Die Droschkenkutscher werden sich freuen. Gut, daß sie nicht wissen, daß die russischen Droschkenkutscher zur Fahrt einfach ihren „Rublj", das sind zwei Millionen Sowjetrubel, verlangen.

Aber wer weiß, wie alles wird? Man staunte noch nicht lange über Österreichs Hunderttausendkronenscheine, schon bereiten auch wir den Druck von Hunderttausendmarkscheinen vor. Dafür geht es wieder aufwärts und, vorwärts. In den Dörfern gibt es wieder Seife, die neugeprägten Verfassungstaler sollten schon in jedes Mannes Tasche klingen, die Franzosen sehen den Deutschen wie ein Gespenst in der Luft herumfliegen, ohne Motor, stundenlang, ein 70 000 Raummeter Zeppelin entsteht für Amerika. Das Karlsruher Vierordtbad hat sich auf seine Männlichkeit besonnen, das Friedrichsbad öffnet seine Kabinen nur noch Frauen und Mädchen, aus der Eisenbahndirektion Karlsruhe ist eine nunmehrige Reichsbahndirektion geworden. Beseitigt man im Reich und Preußen von allen staatlichen und kommunalen Dienstgebäuden die Hoheitszeichen der vergangenen Zeit, so raubt der September alle Hoheitszeichen des scheidenden Sommers. Die wogenden Kornähren hat der August in die Scheunen getragen, in geschäftigen Dörfern singen Dreschmaschinen Erntelieder, die Stauden der Frühkartoffeln sind verschwunden, Rüberraut liegt neu eingebettet, allzufrühe zogen die Schwalben fort und nur hungrige Raben und Sperlinge tummeln sich gefräßig in den Stoppelfeldern. Die badischen Redakteure, die es zu einem Reichsgesetz gebracht haben, sehen, wie Bunzer und Reich um die Kosten ihrer Bekämpfung debattieren. Inzwischen fuhren die badischen Schneidermeister den Leuchtkäfer von Meersburg auf ihrer Bodenseefahrt zusammen. Ein Schalk behauptete, er wüßte nun, warum die Schneider so teuer geworden wären. . .

Kreditnot und Kapitalschwund lagern über Handwerk und Industrie, über den Banken schwebt der Schatten der Beseitigung des Bankgeheimnisses, die deutsche Presse ringt um ihre Existenz und die deutschen Staatsmänner erfüllt schwere Sorge um das Wohl ihres Volkes. Während die ganze Welt die Ablenkung des Markkurses von seiner gradlinigen Bahn verfolgt, verfolgt man auf dem Cloustres Eiland bei Java die Ablenkung der Lichtstrahlen von ihrer gradlinigen Bahn durch die Gravitation. Während in Stockholm ein Kongreß gegen das Tabakrauchen tagt, kaufen in den Schaufenstern täglich neue Zigarren- und Zigarettenmarken auf, während Friedensgesellschaften Kongresse und Versammlungen abhalten, sehen die Minaretts der Hagia Sofia zu Konstantinopel griechische Kriegsschiffe durch den Bosporus ziehen. Während Ausländer Deutschlands Gauen überfluten, werden tausende heimatlose treudeutsche Elsässer gleich Bettlern über den Rhein gejagt, während man sich hier an den „Reizenden Dudurchen" und „Mascottchen" ergötzt, übte Poincaré seinen neuesten Sanktions-Retorsionsschlager ein — das Welttheater ist eine Groteske, ein lächerliches Drama!

Inzwischen streitet man sich in Mannheim-Ludwigshafen über Preismeß- und Lebenshaltungsziffer und schenkte man Karlsruhe 24 Stadträte, täglich löscht die tapfere hiesige Feuerwehr noch immer im Stadtgarten mit ihrer Kapelle den Musikdunst der promenierenden Damen und Herren und die Regierung hat beschlossen, die Fischerei bei Nacht am Bodensee zu verbieten. Doch wird es deshalb immer noch Leute geben, die gerne im Dunkeln fischen. . .

ADOLF HIMMELE.

Landestheater. Im Schauspiel gelangt Dienstag, den 5. September (Abonnement B 1) Schillers **„Wilhelm Tell"** zur Wiederaufführung. Darauf folgt am Samstag, den 9. September (Abonnement A 1), von Felix Baumbach neuinszeniert, zum erstenmal Shakespeares **„Julius Caesar".** — Die Sonntags-Vorstellungen des Bad. Landestheaters im städtischen Konzerthaus beginnen im neuen Spieljahr am Sonntag, den 10. September, mit einer Wiederholung des Lustspiels **„Im weißen Rößl"** von Oskar Blumenthal. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr.

Städtisches Konzerthaus. Während der zweimonatlichen Sommeroperettenspielzeit (Juli-August) des Neuen Operettentheaters Bonn unter Leitung des Herrn Direktor Adalbert Steffter wurden nachstehende Stücke gegeben: Mascottchen (11 mal), Alt Wien (10 mal), Die tolle Komteß (9 mal), Die keusche Susanne (9 mal), Glücksmädel (9 mal), Tanz ins Glück (8 mal), Zu Bacharach am Rhein (6 mal), Mara Sarina (5 mal), Apachen (4 mal). Als Gäste traten auf Frl. Hanna Rodegg und Herr Fritz Hertz vom hiesigen Landestheater. Die Spielleitung von sämtlichen Operetten lag in den Händen von Herrn Direktor Steffter, während die musikalische Leitung von den Kapellmeistern Bunten, Schmitt und Zörgiebel erledigt wurde.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Englische Stimmen für eine Revision des Friedensvertrages.

Aus London wird berichtet: Die Union für den Freihandel hat beschlossen, an Minister Balfour einen Brief über die Schuldenfrage zu richten. Darin wird erklärt, die öffentliche Meinung in England würde nicht damit einverstanden sein, daß Großbritannien auf alle seine Guthaben verzichtet, während es zugleich seine eigenen Schulden bezahlt. Auf die **Kriegsschulden müsse ein beträchtlicher Rabatt gewährt werden.** Endlich erhebt der Brief gegen die **französische Regierung den Vorwurf, die unglückseligen Bestimmungen des Versailler Vertrages verschuldet zu haben** und tritt dafür **ein,** daß England, die Vereinigten Staaten, Italien, Belgien **und die** neutralen Länder zusammenarbeiten müßten, um **eine Revision des Vertrages, eine Herabsetzung der Rüstungen usw.** zu erreichen.

Harding für Herabsetzung der Reparation.

„New York Herald" erfährt lt. WTB. aus Washington, Präsident Harding sehe ein, daß die Vereinigten Staaten schließlich an den Plänen zur Lösung der europäischen wirtschaftlichen Verwicklung teilnehmen werden, doch soll seine Ansicht die sein, daß die Zeit für ein **volles formelles Vorgehen** noch nicht gekommen sei Harding wünsche aber, daß bekannt werde, daß **Amerika** die Entwicklung aufmerksam verfolge Die **Zeit für eine Teilnahme Amerikas werde** kommen, **wenn die aus den englisch-französischen Differenzen entstandene politische Gärung sich gelegt habe.** Wie England, **glaube die amerikanische Regierung,** daß eine **gründliche Herabsetzung der deutschen Reparationen die Vorbedingung für eine vernünftige Lösung sei.** Die amerikanische Regierung beabsichtige nicht, Hoover nach Europa zu schicken.

Der Abschluß des Konflikts mit Bayern.

Die bayrische Regierung veröffentlicht den **Brief,** den der **Reichskanzler am 20. August** an den Ministerpräsidenten Lerchenfeld gerichtet hat, und der das **Ergebnis der letzten Berliner Besprechungen** zusammenfaßt. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Hochverehrter Herr Ministerpräsident!

Bei den Besprechungen mit den Vertretern der bayrischen Regierung wurde eine Reihe **Rückfragen** über den **Sinn des Protokolls** vom 11. August vorgetragen, das das Ergebnis der bei **ihrer** vorigen Anwesenheit gepflogenen Erörterungen enthält.

Die Herren Vertreter regten zunächst an, daß an die Stelle **des süddeutschen** Senats ein **bayrischer Senat** treten solle, dessen Mitglieder nach Vorschlag der Landesregierung vom Reichspräsidenten ernannt werden sollen. Dabei soll vorbehalten bleiben, als Laienrichter ausschließlich oder zum Teil Personen vorzuschlagen, die die Befähigung zum Richteramt besitzen. Der Wunsch nach Errichtung eines bayrischen Senats stellte sich schon bei den früheren Verhandungen als für die Reichsregierung unannehmbar heraus. Jedoch wiederhole ich gern die Zusage, daß die Ernennung der Mitglieder des für Süddeutschland bestimmten Senats nach Benehmen mit den beteiligten Landesregierungen erfolgen wird und daß ihm drei bayrische Laienrichter und eine entsprechende Zahl bayrischer Reichsgerichtsräte angehören werden. Der letzte Satz des Wunsches wurde niemals in Frage gezogen.

Es wurde ferner der Wunsch ausgesprochen, daß der **Senat in einer süddeutschen Stadt tagen solle.** Nach den geltenden Bestimmungen kann der Senat beschließen, daß er Amtshandlungen außerhalb seines Sitzes vornimmt. Die Möglichkeit, daß Sitzungen in einer süddeutschen Stadt stattfinden, ist also gegeben. Es ist kein Zweifel, daß der Senat von dieser Möglichkeit schon aus Gründen der Zugänglichkeit des Zeugenmaterials und der Kostenersparnis geeigneten Gebrauch machen wird. Die Herren Vertreter gaben weiter dem Wunsche Ausdruck, daß des **Begnadigungsrecht** in Fällen, in denen die Zuständigkeit des für Süddeutschland bestimmten Senats gegeben wird, vom Reichspräsidenten im **Benehmen mit der Landesregierung** oder auf deren Anregung ausgeübt werden soll. Der Herr Reichspräsident hat, wie ich ausdrücklich feststelle, eine solche Fühlungnahme bereits bei der früheren Besprechung in Aussicht gestellt. Was den Wunsch betrifft, daß die bayrischen Angelegenheiten bei der Reichsanwaltschaft von dem bayrischen Staatsanwalt mit möglichst weitgehender Selbständigkeit behandelt werden sollen, besteht kein Bedenken, einen bayrischen Beamten nach der üblichen Fühlung mit der bayrischen Regierung zur Reichsanwaltschaft einzuberufen und diesen als Referenten des Oberreichsanwalts für bayrische Sachen zu bestellen. Daß die **Überweisung von Strafsachen** an die ordentlichen Gerichte und Länder die Regel bilden werde, wurde bereits bei den früheren Verhandlungen festgestellt.

Darüber hinaus wurde gewünscht, daß mindestens alle Vergehen **grundsätzlich an die ordentlichen Gerichte** der Länder überwiesen werden sollen, und daß **Ausnahmen** von diesem Grundsatze nur von Fall zu Fall und nur im gegenseitigen Benehmen der Justizverwaltungen zulässig sein sollen. Ganze Gebiete und insbesondere grundsätzlich alle Vergehen von der Erledigung durch den Staatsgerichtshof auszuschließen, würde dem Sinne des Gesetzes zuwiderlaufen. Die gewünschte Berücksichtigung der bayrischen Gesichtspunkte bei der Frage der Aburteilung durch den Staatsgerichtshof oder der Überweisung an die Länder kann **schon durch Maßnahmen der bayrischen Regierung** gewährleistet werden. Es beständen keine Bedenken, wenn die **bayrischen Staatsanwaltschaften** von der bayrischen Regierung angewiesen würden, bei Bearbeitung der Sachen sich gegenüber dem Oberreichsanwalt darüber zu **äußern,** ob sich eine Überweisung an die Landesbehörden empfiehlt, ohne daß jedoch durch dieses Verfahren eine Verzögerung entstehen darf. Diese Äußerungen werden von dem Oberreichsanwalt bei Prüfung sachgemäß berücksichtigt. Dadurch wird das Recht der Landesregierung nicht berührt, von sich aus Bedenken gegen die Befassung des Staatsgerichtshofes mit einer Sache bei der Reichsregierung geltend zu machen. Was den Wunsch der Vermeidung einer Einwirkung auf die Entscheidungen des Staatsgerichtshofes in Verwaltungssachen betrifft, stelle ich klar, daß auf solche Entscheidungen weder die Reichsregierung noch die beteiligten Landesregierungen — sei es unmittelbar, sei es mittelbar durch den Oberreichsanwalt — Einfluß nehmen können. Der Vortrag der Beteiligten vor dem Staatsgerichtshof ist ein der selbständigen Beurteilung des Gerichtshofes unterliegendes Parteivorbringen wie jedes andere und wird hierdurch nicht berührt.

Zum **Reichskriminalpolizeigesetz** wird eine genaue Umschreibung der Begriffe „Gefahr im Verzuge" und „dringendstes Interesse des ganzen Reiches" gewünscht. Dazu erkläre ich folgendes: Gefahr im Verzuge ist überall da vorhanden, wo ein Aufschub der betreffenden Handlung deren Vornahme überhaupt vereiteln oder doch die Erreichung ihres Zieles irgendwie gefährden könnte. Dringendstes Interesse des ganzen Reiches ist gegeben, wenn es sich um strafbare Tatbestände von ganz besonderer Wichtigkeit handelt, wobei die Anstellung sofortiger Ermittlungen durch eigene Vollzugsbeamte für das ganze Reich von größter Bedeutung ist. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches, sowie die Staatspersönlichkeit und die Hoheitsrechte der Länder sind bereits in dem **Protokoll** vom 11. August 1922 anerkannt worden. In diesem Protokoll ist auch bereits die Zusage enthalten, daß das Reich die **Hoheitsrechte der Länder nicht** unter Abänderung der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Reiches an sich ziehen will. Eine allgemeine Zusicherung dahin zu geben, daß die Reichsregierung auch von ihren in der Reichsverfassung bereits begründeten **gesetzgeberischen Zuständigkeiten** keinen Gebrauch machen wird, bin ich nicht in der Lage. Doch glaubt die Reichsregierung, in ihrer früheren Erklärung hinreichend zum Ausdruck gebracht zu haben, daß sie von den noch nicht ausgeschöpften Zuständigkeiten **nicht** ohne Not und soweit möglich, nicht ohne Zustimmung des Reiches Gebrauch machen wird und nicht willens ist, die bisherigen Aufgaben der Länder in die Verwaltung des Reiches durch neue Reichs-Mittel- oder Unterbehörden zu übernehmen.

Die **außenpolitische Lage,** Herr Ministerpräsident, nahm durch die Entsendung von Mitgliedern der Reparationskommission nach Berlin eine besondere Gestalt an. Es wird der Geschlossenheit der ganzen Nation bedürfen, wenn morgen in die Besprechungen mit den Abgesandten der Reparationskommission eingetreten wird. Ich darf daher der Hoffnung Ausdruck geben, daß die zwischen dem Reich und Bayern schwebende Angelegenheit nunmehr auch formell im Ministerrat durch Aufhebung der bayrischen Verordnung eine abschließende Regelung findet, nachdem Ihre Herren Vertreter mir zugesagt haben, den obigen Erklärungen zuzustimmen und für ihre Annahme eintreten zu wollen.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung bin ich Ihr ergebener (gez.) **Wirth.**"

Auflösung der amerikanischen Kinderhilfsmission.

Weiterführung der Kinderspeisungen.

Am Ende vorigen Monats ist die Kinderhilfsmission der Freunde (Quäker) aus Amerika aufgelöst worden; ihre Mitglieder kehren zum Teil in ihre Heimat zurück, zum Teil gehen sie nach Rußland, um in opfervoller Arbeit bei der Bekämpfung der furchtbaren Hungersnot mitzuwirken.

Damit endet ein wichtiges Kapitel in der Geschichte der Auslandshilfe. Die über den Ozean zu uns gekommenen Freunde haben mit Hilfe der ihnen von amerikanischen Spendern zur Verfügung gestellten Mittel in zweieinhalbjähriger selbstloser Arbeit ein unendlich segensreiches Hilfswerk für die deutsche Jugend geschaffen. In allen Teilen Deutschlands haben sie Speisungen eingerichtet für Kinder, Jugendliche und Mütter, die durch Nahrungsmangel und Teuerung in der Kriegs- und Nachkriegszeit in ihrer Gesundheit Schaden gelitten haben. Im Laufe der Zeit zählten die „Quäkerspeisungen" bis zu **1 Million Teilnehmer im Tage.** Die „Freunde" haben dem niedergerungenen deutschen Volke in der Zeit der höchsten Not durch ihr lebendiges Beispiel eine Botschaft des guten Willens, der tätigen Menschenliebe und der Völkerversöhnung gebracht, die ewig weiterklingen wird. Wenn sie nun aus Deutschland scheiden, so bleibt das von ihnen begonnene Werk fortbestehen. Schon im Januar dieses Jahres haben sie die unmittelbare Verwaltung des Hilfswerks an deutsche Stellen übertragen. Der von den amerikanischen Spendern und der deutschen Reichsregierung mit der Weiterführung der Speisungen betraute Deutsche Zentralausschuß für die Auslandshilfe E. V. in Berlin NW., Dorotheenstr. 2, stellt, ebenso wie die ausführenden Stellen — die Landes- und Verwaltungsausschüsse in den einzelnen Reichsteilen und die Ortsausschüsse — eine Arbeitsgemeinschaft dar zwischen den an der Wohlfahrtspflege und Ernährungsfürsorge interessierten behördlichen Stellen, den Organisationen der freien Liebestätigkeit und sachverständigen Persönlichkeiten, insbesondere Ärzten und Lehrer. Auch weiterhin werden im Hinblick auf die fortdauernde, ja zunehmende Not in Deutschland amerikanische Spender, insbesondere solche von deutscher Abstammung Lebensmittel für die deutschen Kinder beschaffen. Der Deutsche Reichstag hat gleichfalls für das laufende Etatsjahr wieder 50 Millionen Mark für Kinderspeisungen zur Verfügung gestellt. Voraussichtlich wird es möglich sein, während des kommenden Winters im ganzen Reiche durchschnittlich 300 000 **Personen im Tag zu speisen.**

Zugute kommt die Speisung in erster Linie den **Schulkindern,** in geringerem Umfange jedoch auch Kleinkindern zwischen 3 und 6 Jahren, noch nicht vollerwerbstätigen Jugendlichen, sowie hoffenden und stillenden Müttern. Voraussetzung der Teilnahme ist die gesundheitliche Schädigung oder Gefährdung infolge mangelhafter Ernährung. Die Auswahl erfolgt dementsprechend durch sachkundige Ärzte unter Mitwirkung sozial geschulter Persönlichkeiten. Die ausgegebenen Mahlzeiten stellen mit wenigen Ausnahmen Zusatzspeisungen dar; sollen den unterernährten Kindern neben der regelmäßigen häuslichen Kost ein Mehr an Verpflegung sichern. Verabreicht wird die Speisung meist in den Schulen, daneben auch in Kindergärten, Horten und geschlossenen Erziehungsanstalten, sowie insbesondere während der Sommermonate in Erholungsheimen und im Anschluß an Einrichtungen der örtlichen Erholungsfürsorge, wie Licht-, Luft- und Sonnenbäder, Spielplätze usf.

Es gibt wohl keine schönere Form des Dankes an die aus Deutschland scheidenden „Freunde" als den weiteren Ausbau des von ihnen begonnenen Liebeswerkes, seine dauernde Eingliederung in die deutsche Jugendwohlfahrtspflege. Voraussetzung hierfür ist das lebendige Interesse weiter Bevölkerungskreise, die tätige Mitwirkung besonders auch der Landwirtschaft von der die Lieferung verbilligter Lebensmittel erhofft wird. Ist ja doch die Fürsorge für hinreichende Ernährung eine der wichtigsten Voraussetzungen für die vom Reichsjugendwohlfahrtsgesetz geforderte Erziehung des heranwachsenden Geschlechts zur „leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit."

Enver Pascha Emir von Buchara.

Havas meldet aus Buchara Einzelheiten über die Vorgänge in Zentralasien. Danach wurde **Enver Pascha,** der den Oberbefehl über die aufständischen Truppen übernommen hatte, zum Emir **von Buchara** ernannt. Infolge seiner Popularität gelang es ihm bald, den Anschluß der gesamten Bevölkerung an die nationale Regierung zustande zu bringen. Nach den letzten Wahlen schloß sich ein anderer revolutionärer Führer, der Fürst Schir Mohammed Bey mit seiner Armee von 50 000 Mann Enver Pascha an, dessen Heer infolge dieses Zusammenschlusses auf 150 000 Mann anwuchs, welche gut ausgerüstet und bewaffnet sind. Nachdem Sowjetrußland infolge eines Ultimatums Enver Paschas die Unabhängigkeit des neuen Landes anerkannt hat, werden nunmehr die Grenzen des unabhängigen Turkestan gebildet durch Chinesisch-Turkestan im Osten, Afghanistan und Persien im Süden, die russischen Provinzen am Kaspischen Meer im Westen. Im Norden verläuft die Grenze parallel zum Urassee und umfaßt die Städte Buchara, Baysan und Samarkand.

Kurze polit. Nachrichten.

* **Zur Papiergeldknappheit.** Bei verschiedenen Berliner Großbanken kam es heute wie auch bei uns in Baden, zu peinlichen Szenen, weil die **Banken sich außerstande erklärten, Geschäftsleuten Papiergeld in dem angeforderten Umfange zur Verfügung zu stellen.** Es wurde erklärt, daß die **Reichsbank** nicht genügend Papiergeld herausgegeben habe.

* **Verbot der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".** Der amtliche preußische Dienst teilt mit: Das Ministerium des Innern hat das Erscheinen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" auf die Dauer von einer Woche verboten, wegen des in der Nummer vom 1. September 383 erschienenen Artikels: „Keine Fusion" und wegen des in der Abendnummer des gleichen Tages erschienenen Artikels „Unannehmbar und Undiskutabel".

* **Bestrafung französischer Offiziere in Oberschlesien.** Nach Mitteilungen des ersten Staatsanwaltes in Beuthen hat das dortige Landgericht gegen 5 der sieben französischen Offiziere wegen unbefugter Grenzverletzung auf eine Geldstrafe von 20 000 Mark, bei dem polnischen Kraftwagenführer auf 10 000 Mark erkannt.

* **Die „Tägliche Rundschau"** ist gestern früh zum ersten Mal in dem Herrn Stinnes gehörenden Verlag der **„Deutschen Allgemeinen Zeitung"** erschienen. Es zeigt sich lt. „Frkf. Ztg.", daß das Blatt nichts anderes geworden ist als ein **Ableger der „Deutschen Allgemeinen Zeitung"** und sich in der Hauptsache nur durch einen anderen Kopf davon unterscheidet. Auch der Leitartikel des Chefredakteurs der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", Dr. Lensch, ist in die ehemals „unabhängige Zeitung für nationale Politik" übergegangen. Aufmachung und Format entsprechen vollkommen dem der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" und mit Ausnahme einiger weniger Notizen und Artikel ist das ganze Blatt ein wörtlicher Abklatsch des Blattes des Herrn Stinnes. Sogar der Inseratenteil ist vollkommen übernommen worden.

* **Zusammenstoß zwischen Arbeitern und belgischen Besatzungssoldaten.** Gestern in den frühen Morgenstunden sind in **Oberkassel** bei Düsseldorf ein **belgischer Posten und ein belgischer Sergeant erschossen worden.** Die Täter sind noch nicht festgestellt. Die Besatzungsbehörden haben die Untersuchung sofort eingeleitet. Es wurden Haussuchungen vorgenommen. Bisher sind viele Personen verhaftet worden. Das W. T.-B. bemerkt dazu: Aus der vorliegenden Meldung ist über **das Motiv der Tat,** über die Täter und die näheren Umstände nichts sicheres zu erfahren. Es bedarf einer besonderen Versicherung nicht, den Meuchelmord, wenn ein solcher begangen wurde, gleichgültig an wem er begangen wurde, aufs schärfste zu mißbilligen. Eine sofortige Aufklärung liegt nicht nur im belgischen, sondern auch durchaus im deutschen Interesse.

* **Lebensmittelunruhen in Berlin.** Der Neukölner Wochenmarkt am Maybach-Ufer war gestern mittag der Schauplatz ernster Lebensmittelunruhen. Die Menge, die über die Höhe der Preise der Lebensmittel an sich schon stark beunruhigt ist, wurde durch die großen Preisunterschiede für eine und dieselbe Ware, die sich vor den Augen des kaufenden Publikums fast stündlich ergaben, so erregt, daß sie zahlreiche Stände stürmte, umwarf und die Waren zum Teil zertrat. Auch die einzelnen Händler, besonders die Inhaber der Margarine- und Käseverkaufsstände, waren zeitweise stark bedroht. Erst ein größeres Polizeiaufgebot konnte die unruhige Menge verdrängen und den Markt schließen. Schon vorgestern ereigneten sich ähnliche Fälle in den Markthallen in der Ackerstraße und in der Andreasstraße.

Die Unterernährung der deutschen Kinder. Die „D. A. Z." bringt eine von thüringischen Blättern gebrachte Zusammenstellung, die sich auf **amtliches** Material stützt. Diese Zusammenstellung zeigt deutlich, wie weit das Kinderelend in Deutschland fortgeschritten ist. In Zella-Mehlis waren von 1500 Kindern 1350 unterernährt. Von den Schulkindern in Jena hatten 3041 kein eignes Bett. Im Bezirk Gotha sind 40 Prozent aller Kinder unterernährt. In Sondershausen bezeichnen die Ärzte 49 Prozent aller Kinder als krank. In Friedrichsroda waren von 700 Kindern 312 unterernährt. In Wartshausen von 1360 Kindern 766. Im Bezirk Ohrdruf ist die Kindersterblichkeit im Jahre 1921 gegen 1913 auf das fünffache gestiegen. In Ruhla sind 40 Prozent aller Kinder unterernährt. In Unterweißbach und in Sitzendorf sind 40 Prozent der Kinder tuberkulös. Im Meuselwitzer Braunkohlenrevier sind 6,12 Prozent der Kinder normal, 24,27 Prozent unterernährt, 15,4 Prozent schwer unterernährt und 18,9 Prozent gänzlich heruntergekommen.

* **100 000 Mark-Banknoten.** Infolge der durch die Geldentwertung geschaffenen Zahlungsmittelknappheit, die auch durch die Anspannung aller Kräfte der Reichsdruckerei nicht zu beheben ist, hat sich die Reichsbank entschlossen, für größere Zahlungen neue Banknoten im Betrag von 50 000 und 100 000 Mark herauszugeben. Vorerst werden nur kleinere Mengen dieser neuen Banknoten in den Verkehr gebracht.

* **Zum Streik in Havre.** Nach einer Havasmeldung haben die Arbeiterverbände mit Ausnahme der Textil-, Metall- und Hafenarbeiter die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

* **Griechischer Heeresbericht aus Kleinasien.** Nach dem amtlichen griechischen Heeresbericht vom 31. August wurden die seit dem 26. August in der Gegend von Afiun Karahissar begonnenen heftigen Kämpfe am 29. und 30. August von wechselnder Stärke fortgesetzt. Die griechischen Truppen weichen unter stärkstem feindlichen Druck, aber auch gleichzeitig entsprechend der bereits vor Beginn der feindlichen Offensive ergangenen Befehle der Heeresleitung zurück.

Badische Uebersicht.

Die Zustände in Kehl.

Unsere verzweifelte Situation erfährt eine krasse Beleuchtung durch die gegenwärtig in **Kehl** herrschenden Verhältnisse. Das von den Franzosen besetzte kleine Städtchen und seine Umgebung haben in den letzten Wochen einen **Ausverkauf** erlebt, wie kaum ein anderer Teil Badens. Trotz verschärfter Überwachung durch deutsche und neuerdings auch durch französische Zollbeamte blüht der Schmuggel üppiger denn je. Vielfach werden nach Einkäufen von Kleidungsstücken die alten Sachen willfährigen Freunden zurückgelassen, um bei anderer Gelegenheit über die Grenze gebracht zu werden, oder sie werden verkauft oder verschenkt. Augenzeugen berichten, so schildert eine Karlsruher Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung" die Zustände, daß sie vor Geschäften arme deutsche Kinder sahen, denen Franzosen, die sich in den Läden neu einkleideten, die alten Sachen zuwarfen. Leider ist es nicht möglich, den Großschmuggel ganz zu verhindern, denn vielfach werden gerade größere Warenmengen französischen Militärautos mitgegeben. Diese aber dürfen nur angehalten werden, wenn begründeter Verdacht besteht, daß sie verbotene Aus- und Einfuhr be-

stigen. Doch mag dieser Verdacht auch noch so begründet sein, der Beweis ist fast stets schwer zu führen. Zu einer Landplage hat sich der französische Sonntagsverkehr in Kehl ausgewachsen. Da die Leute dann nichts kaufen können, so kommen sie nach Deutschland um zu essen und zu trinken. Sie ziehen von Gasthaus zu Gasthaus; Berichte, die von solchen Schlemmereien gegeben werden, zeichnen Bilder, deren Derbheit an Schilderungen von Rabelais erinnern. Am letzten Sonntag zählte man 10 000 solcher Gäste; das ist ebensoviel wie die Einwohnerzahl von Kehl beträgt. Hierzu kommt dann noch das französische Militär: ein Regiment Chasseurs, eine Abteilung Husaren, Pioniere und eine Maschinengewehrabteilung. Die genaue Zahl dieser Truppen ist natürlich nicht festzustellen. Man begreift, wie sehr ein Teil der Bevölkerung unter diesen Verhältnissen und der Teuerung, die sie zeitigen, leidet. Vor einem Jahr schon war angeregt worden, den Verkehr von Samstag bis Montag durch Bestimmungen zu beschränken. Es wäre dies Sache der französischen Behörden gewesen, aber es geschah nichts. Im Hanauer Land wächst die Erregung über diese Ausbeutung und die badische Regierung bemüht sich, die Ernährung der Arbeiterschaft und der Minderbemittelten zu sichern, aber solange es nicht gelingt, wirklich einschneidende Maßnahmen zu schaffen, und das können nicht die deutschen Behörden allein, wird die Auspowerung weitergehen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 63 des **Badischen Gesetz- und Verordnungs-Blattes** hat folgenden Inhalt: Gesetz: über die Main-Donau-Wasserstraße. Verordnungen und Bekanntmachungen: des Staatsministeriums: das Verfahren in Verwaltungssachen; Gesetz vom 13. Juni 1922 über die Änderung des badischen Ausführungsgesetzes vom 6. Oktober 1921 zum Wohnungsabgabegesetz; des Ministeriums der Finanzen: die Erhebung der dienstpolizeilichen Geldstrafen; des Ministeriums des Innern: Gebührenordnung der Leichenschauer; die Arzneitaxe; des Justizministeriums: Kostenwesen der Grundbuchämter; die Gebühren der Ortsrichter; Kosten der bürgermeisteramtlichen Unterschriftsbeglaubigungen; des Arbeitsministeriums: Verkehr mit verflüssigten und verdichteten Gasen; Kaminfegerordnung.

DZ. **Heidelberg**, 2. Sept. In der Heidelberger Federhalterfabrik Koch, Weber & Co. brach heute Nacht ein **Großfeuer** aus, das durch Kurzschluß entstanden sein soll. Den Feuerwehren von Heidelberg und den Vororten gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Mark. Der Betrieb der Fabrik ist teilweise gestört.

DZ. **Dörlisbach** (Amt Wahr), 2. Sept. Um Platz für den Neubau der nun zur Erstellung kommenden Kirche zu schaffen, mußte in diesen Tagen die **alte Kapelle**, die bereits seit 800 Jahren ständig als Betraum dient, **angebrochen** werden. Die Kapelle war vom Kloster Ettenheimmünster erbaut und im Jahre 1182 vom Bischof Ulrich von Konstanz geweiht worden.

DZ. **Aus dem Renchtal**, 2. Sept. Die in diesem Jahre so überaus reiche **Heidelbeerernte**, die Tausende von Sammlern in die Wälder gelockt hatte, soll, wie aus der hiesigen Gegend gemeldet wird, im Renchtal allein schätzungsweise 2—3000 Zentner eingebracht haben, die einen Gewinn von 2—3 Millionen Mark repräsentieren.

Aus der Landeshauptstadt.

Ortskrankenkassentag in Karlsruhe.

Ab heute, Samstag, tagt in der hiesigen Festhalle der **26. Deutsche Ortskrankenkassentag**, einberufen vom Hauptverbande der Deutschen Ortskrankenkassen. Die Tagesordnung wird u. a. das Reichsversorgungsgesetz, Zentralisation der Krankenversicherung, Ausbau der Krankenpflege und ärztlichen Versorgung wie Familienhilfe und Kinderfürsorge enthalten. In dem Hauptverbande sind neuneinhalb Millionen Versicherte organisatorisch zusammengefaßt, bei 20 Unterverbänden und 1530 Ortskrankenkassen.

Karlsruhe Lebensversicherungsbank, Aktien-Gesellschaft. Die Bank wurde am 1. September mit einem vollbezahlten Aktienkapital von 10 Millionen Mark und einer weiteren Zuzahlung von einer Million Mark für den Kapitalreservefonds und 9 Millionen Mark als Organisations- und Betriebsfonds gegründet. In den Aufsichtsrat der Bank wurden gewählt: Herr Generalsekretär **Dumcke** in Frankfurt a. M. als Vorsitzender, Herr Wirkl. Geheimer Rat Dr. **Lewald** in Karlsruhe als stellv. Vorsitzender, sowie Herr Direktor **Becker** in Frankfurt a. M., Kommerzienrat und Präsident der Handelskammer Karlsruhe Herr **Gsell**, die Herren Rechtsanwalt Dr. Ludwig **Haas** und Kommerzienrat **Moninger** in Karlsruhe und Herr Kaufmann August **Rother** in Frankfurt a. M. Den Vorstand der Bank bilden die Herren Generaldirektor **Kimmig** und die untereinander gleich geordneten Direktoren Dr. **Ehrhart**, **Loes** und **Schneider**.

Tanzabend der Schule Herion. Heute, Samstag, findet abends halb 8 Uhr im städtischen Konzerthaus die erste Veranstaltung in der diesjährigen Konzertzeit statt: Ein Tanzabend, so schreibt man uns, von besonderer Bedeutung, das erste Auftreten der bekannten Schule Herion aus Stuttgart, bestehend aus einem Meister-Ensemble jugendlicher Tanzkünstlerinnen. Besonderes Interesse wird man auch dem jugendlichen Tänzer Hermann Groß entgegenbringen, überhaupt dürfte dieser Abend reiche Abwechslung bieten, da er Einzel- und Gesamttänze aufweist.

Badische Gemeindeschau.

DZ. **Mannheim**, 31. Aug. Der **Voranschlag** der Stadt Mannheim wird für das Rechnungsjahr 1922 vorläufig in Einnahmen und Ausgaben in der Höhe festgesetzt, daß aus Ertragssteuern 215 Millionen zu decken sind. Hiernach wäre aus je 100 M. Steuerwert des Liegenschafts- und Betriebsvermögens eine vorläufige Gemeindesteuer von 10 M. zu erheben.

DZ. **Bombach** (Amt Kenzingen), 1. Sept. Bei der am Sonntag stattgefundenen **Bürgermeisterwahl** wurde der bisherige Bürgermeister Karl Rieger fast einstimmig auf weitere 9 Jahre zum Gemeindeoberhaupt gewählt. Herr Rieger ist 72 Jahre alt und war bereits 39 Jahre Bürgermeister.

Literarische Neuerscheinungen.

Anton Bettelheim, „**Wiener Biographengänge**". „Wila", Wiener Literarische Anstalt, Ges. m. b. H. Wien—Leipzig, 1921. Die Tätigkeit eines wissenschaftlich geschulten Biographen erfordert vor allem zwei Eigenschaften in höchstem Maße, welche für gewöhnlich gerade nicht besonders freundschaftlich nebeneinander stehen, und zwar erstens eine rigorose Genauigkeit in der Erfassung historischer Details und zweitens die Gabe, in großzügiger und dichterisch beschwingter Weise in den bunten Steinchen der historischen Details bereits das farbenprächtige, leuchtendfrohe oder düstergrausame Mosaik, „Menschenschicksal" genannt, zu sehen.

Garmisch-Partenkirchen

Größter Luftkurort Deutschlands am Fuße des Wettersteingebirges und der Ammergauer Alpen

Angemessene Unterkunfts- und Pensionspreise, auch einfachen Ansprüchen Rechnung tragend

Badisches Landestheater.

Sonntag, 3. Sept. 5½—9½ Uhr. 140 Mk.

Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.

Nach langer **neurologisch-psychiatrischer Tätigkeit** an den Universitätskliniken zu Heidelberg, München und Hamburg sowie nach besonderer Ausbildung in allen Zweigen der **Psychotherapie** durch Prof. Homburger (Psychiatrische Poliklinik-Heidelberg) und Prof. Schultz-Jena (Dr. Lahmanns Sanatorium, Weißer Hirsch) habe ich mich in Karlsruhe als

Facharzt für Nervenleiden

niedergelassen.

Dr. med. Brilmayer

Bunsenstraße 14

(Trambahnhaltestelle Kriegs-Hübschstraße)

Sprechstunden ½3—½5 Uhr

(außer Samstag und Sonntag)

Fernruf 1955 A.513

Dresdner Bank

Eingezahltes Kapital: 550 Millionen M.

Rückstellungen: 400 Millionen M. :-:

Niederlassungen in Baden:

Mannheim :: Heidelberg

Freiburg i. B. :: Konstanz

Sorgfältige Erledigung aller bankmässigen Geschäfte :-:

K. 959

Familienversorgung.

Sicherheit im Todes- und Erlebensfall gibt nur die Lebensversicherung.

Preuß. Beamten-Verein in Hannover

Lebensversicherungsverein a. G. für jeden Beamten und Angestellten, auch für die freien Berufe (Ärzte, Apotheker, Architekten, Ingenieure, Rechtsanwälte usw.).

Gegr. 1876. Versicherungsbestand 665 000 000 M.

Keine Agenten! Ersparung sämtlicher Provisionen! Daher niedrigste Prämien!

Keine Teuerungszuschläge! Keine Aufnahmegebühren! Größte Sicherheit und günstigste Bedingungen.

Drucksachen und jede gewünschte Auskunft unter Bezug auf diese Anzeige kostenlos. A.160

Konfektionshaus Hirschen

Stuttgart

Neueröffnung: Anfang September

KARLSRUHE

95 Kaiserstraße 95 Ecke Kronenstraße

Erstkl. Spezialgeschäft für Herren- u. Knabenkleidung

Aus Privatbesitz A.542

kauft zu den allerhöchsten Kurspreisen

Perlen :: Brillanten :: Gold

Silberwaren :: Uhren

Emil Feißkohl

Karlsruhe i. B. Juwelier Kaiserstraße 67

Häuser

vermittelt

Otto Bühler

Liegenschafts-Agentur

Karlsruhe i. B.

Sofienstraße 19

Telephon 2812

MIZI

DER BLITZSCHNELLE

MESSER-PUTZ

Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich

Enameline-Werke Höchst a/M.

Ruhestandsbeamte, Beamtenhinterbliebene und Beamte in Urlaub!

Bestellungen des Winterbedarfs an **Kartoffeln, Tafel- und Mostobst, Mehl** bis **spätestens 5. September** an **Bad. Beamtenbund, Nowackanlage 19.**

Geschäftsstunden 8—4 Uhr. A.549

Junge Leute die zur See fahr. woll. erh. schriftl. Aufklärung u. Rat. Auskunftei Hamburg 36, Schließfach 112, J 82.

Rechnungsteller.

Die **Stadtgemeinde Staufen i. Brg.** sucht für einige Monate einen **erfahrenen Rechnungsteller** zur Aushilfe bei der Stadtkasse. A.552.2.1

Angebote von zuverlässigen Geschäftsfertigern mit Angabe der Gehaltsansprüche wollen unverzüglich an den Gemeinderat gerichtet werden.

O.866.2.1 **Bühl.** Der Landwirt **Jakob Braun** in Bühlertal hat das Aufgebot des verloren gegangenen Hypothekenbriefes vom 22. Januar 1918 über die auf dem Grundbuchblatte der Grundstücke Lgb. Nr. 302, 2367, 2543, 301, 2977, 2499, 2489 u. 2526 Bd. 9 Heft 19 III. Abt. lfde. Nr. 2 und Band 17 Heft 9 III. Abt. fld. Nr. 2 für die Städt. Sparkasse Bühl eingetragene Hypothek von 2000 Mark beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens in dem vor dem unterzeichneten Gerichte Zimmer Nr. 2 bestimmten Aufgebotstermin am **Montag, den 23. April 1923, vorm. 11 Uhr**, seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Bühl, 30. Aug. 1922.

Amtsgericht 2.

Bekanntmachung.

O.875. **Villingen.** Im Konkurs **Hans Gaiser**, Tapezier in St. Georgen, soll Schlußverteilung erfolgen. Verfügbar sind 5922 M. 77 Pf., darunter 618 Mark bevorrechtigte. Die nicht bevorrechtigten Gläubiger haben zu fordern 47 788.95 Mark. Das Schlußverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Villingen zur Einsicht auf.

Villingen, 1. Sept. 1922.

Der Konkursverwalter:

Grüsser.

Öffentliche Versteigerung

alter für Eisenbahnzwecke nicht mehr geeigneter Geräte, darunter eine Pferdestraßenwalze, fahrbare Handfeuerspritzen, Schlauchwagen, Faßwagen, Büffet, Ladentisch, Schränke, Uhren, Spiegel, Bilderrahmen, Glasschränkchen, Schlafstühle, Klosettstühle, Tische mit Marmorplatten, Konsoltische, Fruchtputzmühle, Fruchtstäuber mit Zubehör, Kaffeemühlen, Steintragbahren, Schneidernähmaschine, Dezimalwagen, Faßwinden, Karren, Wasserständer, Gasofen, Stühle u. a. m. gegen Barzahlung am **Montag, den 11. September l. Js., vormittags 8 Uhr** beginnend, im Gerätemagazin Karlsruhe, alter Personenbahnhof (Eingang Rüppurrerstr.). O.723

Karlsruhe, 17. Aug. 1922.

Materialamt der Reichsbahndirektion.

Lieferung und Aufstellung des Eisenbaues für die Überdachung des Bahnsteiges 1 im Bahnhof Pforzheim mit 34,5 Ton Gewicht öffentlich zu vergeben. Bedingnisheft und Zeichnungen auf Zimmer 7 unserer Diensträume Luisenstraße 2 zur Einsicht; dort auch Abgabe von Angebotsvordrucken. Angebote mit entsprechender Aufschrift, spätestens bis **Mittwoch, den 20. September d. J., vormittags 11½ Uhr**, verschlossen und postfrei an uns einzureichen Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Pforzheim, 1. Sept. 1922.

Bahnbauinspektion.

Druck der Karlsruher Zeitung.